

## **Kleine Anfrage 3708**

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### **Schadensausgleich nach behördlich veranlassten Baumaßnahmen**

Immer öfter kommt es zu Beschwerden im Zuge der Durchführung kommunaler Baumaßnahmen im Hinblick auf deren Auswirkungen auf Anwohner. Diese Aktivitäten können einmalige Bau- und Sanierungsarbeiten, Erkundungsarbeiten zu Bodenschätzen oder Altlasten, Bau von Energietrassen u. ä. sein. Die Beeinträchtigungen ergeben sich aus dem nichtüblichen Aufkommen von schwerer Bautechnik, Lastkraftwagen und ähnlichem Gerät, von welchem auch vorhandene Zuwegungen genutzt werden müssen. Diese Zuwegungen, i.d.R. einfache Straßen oder Wege, sind natürlich für diese Belastungen überhaupt nicht geeignet. Die Folge sind zerfahrene Fahrbahnen mit mehr oder minder großen Schlaglöchern oder Kuhlen. Beim Durchfahren mit schwerem Gerät gehen die ausgelösten Vibrationen auf angrenzende Gebäude über und können daran oft große Schäden verursachen. Regelmäßig wird eine Kausalität zwischen Maßnahme und Schaden abgestritten. Für die Anwohner folgt ein jahrelanger, nervenaufreibender Kampf um Schadensausgleich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer haftet für die so entstehenden Schäden an Gebäuden privater Eigentümer?
2. Müssen die Auftraggeber der geschilderten Aktivitäten vor Maßnahmenbeginn eine Bestandsaufnahme an gefährdeten Gebäuden machen, um später im Schadensfall eine klare Ursachenfeststellung zu haben? Verdichtet sich diese Pflicht, wenn zuvor durch die Anlieger substantiiert darauf hingewiesen worden ist?
3. Welche Möglichkeiten hat die Kommune, die Anwohner bei der Beweissicherung zu unterstützen?
4. Welche Pflichten obliegen der Kommune, sich abzeichnenden oder sich vertiefenden Schäden vorzubeugen?
5. Inwiefern kann in solchen Fällen die spätere Erhebung von Straßenbaubeiträgen in der Kategorie der Anliegerstraßen gerechtfertigt werden, wenn diese zum großen Teil nur aufgrund der kommunalen Baumaßnahmen notwendig wurden?

6. Welche Möglichkeiten hat die Kommune, eine Schadensregulierung zügig vorzunehmen? Ist zwingend immer der Kommunale Schadensausgleich einzubeziehen? Welche Möglichkeiten hat dieser, vorbeugend tätig zu werden, um sich vertiefende Schäden zu verhindern?